

Auerswald, Heike

Article

Grundzüge der Wirtschaftspolitik in der Provinz Alberta. Themenschwerpunkt: Kooperation Freistaat Sachsen - Provinz Alberta (Kanada)

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Auerswald, Heike (2008) : Grundzüge der Wirtschaftspolitik in der Provinz Alberta. Themenschwerpunkt: Kooperation Freistaat Sachsen - Provinz Alberta (Kanada), ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 15, Iss. 3, pp. 19-21

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/169846>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Grundzüge der Wirtschaftspolitik in der Provinz Alberta

Heike Auerswald*

Im Folgenden sollen kurz die aktuellen Ziele der Wirtschaftspolitik der Provinz Alberta dargelegt werden, um aufzuzeigen, in welche Richtung sich diese Provinz Kanadas in den nächsten Jahren entwickeln soll. Eine Besonderheit Albertas im Vergleich zu anderen Ländern liegt in den politischen Rahmenbedingungen, unter denen diese Politik gemacht wird. Denn Alberta nimmt nicht nur aufgrund seiner enormen Erdölvorkommen und dem daraus resultierenden wirtschaftlichen Erfolg eine Ausnahmestellung innerhalb Kanadas ein, sondern auch aufgrund der großen Kontinuität der Regierung. Der letzte Regierungswechsel liegt inzwischen bereits über 35 Jahre zurück. Seitdem hat die Progressive Conservative Party stets eine absolute Mehrheit im Parlament erreichen können, was eine recht unabhängige und langfristige Politikarbeit ermöglichte. Zudem unterliegt letztere auch weniger starken Einflüssen von Seiten der Bundesregierung aufgrund der hohen Eigenständigkeit der Provinzen in Kanada. Bei der Betrachtung und Bewertung der Strategien muss außerdem berücksichtigt werden, dass im kanadischen System der Staat – ob in Form von Bundes- oder Provinzregierung – weit weniger in das wirtschaftliche Geschehen eingreift, als dies beispielsweise in Deutschland üblich ist. All dies ermöglicht eine zielgerichtete und einheitliche Politik, die allerdings nicht zwingend erfolgreich sein muss.

In den letzten Jahren standen wirtschaftspolitisch in Alberta vor allem der Ausbau der Infrastruktur, die Förderung der Diversifikation der Wirtschaft und die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen im Vordergrund [vgl. ALBERTA GOVERNMENT (2007)]. Angestrebt wurden demnach unter anderem:

- die Erarbeitung einer Strategie, die die wirtschaftliche Nutzung neuer Technologien und die Diversifikation der Wirtschaft zum Ziel hat. Im Detail bedeutet dies:
 - Wachstum und Produktivität in zukunftsträchtigen Märkten voranzubringen,
 - Investition und Forschung in wissensintensiven Sektoren zu unterstützen,
 - Förderung der Bereitstellung von Risikokapital in Alberta,
 - und in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, neue Absatzmärkte für Produkte mit großer Wertschöpfungstiefe zu erschließen.

- Verbesserung der Infrastruktur (Straßennetz, Flughäfen, Stromversorgung, Gesundheitswesen).
- Ausbau der Kinderbetreuung durch Gewährung höherer Zuschüsse und verbesserte Bezahlung der Beschäftigten, Investition von 197 Mill. C\$ im Steuerjahr 2008/2009 und insgesamt 633 Mill. C\$ bis 2011 zur Schaffung von 14.000 neuen Betreuungsplätzen [vgl. ALBERTA GOVERNMENT (2008)].
- Verbesserung der Wohnungssituation (vor dem Hintergrund der hohen Zuwanderung) durch die Investition von 877 Mill. C\$ in den nächsten drei Jahren zur Schaffung 11.000 neuer bezahlbarer Wohneinheiten bis 2013 [vgl. ALBERTA GOVERNMENT (2008)].
- Entwicklung einer Langzeitinvestitionsstrategie für die Einnahmen aus der Nutzung nicht-erneuerbarer Ressourcen.
- Erarbeitung einer umfassenden Energiestrategie zur nachhaltigen Nutzung erneuerbarer und nicht-erneuerbarer Energien.
- Intensivierung der Handelsbeziehung zu den USA (u. a. durch Einrichtung eines Büros in Washington D. C.).
- Entwicklung einer ‚Made-in-Alberta‘-Einwanderungsstrategie (Immigrationsabkommen mit kanadischer Bundesregierung, Verbesserung der Gastarbeiterprogramme, verbesserte Werbungsinitiative, Einzahlung von 740.000 C\$ in den IMMIGRANT ACCESS FUND).

Für das Jahr 2008 wurden im April, nur einen Monat nach den Wahlen, bereits neue Zielvorstellungen veröffentlicht, die die bisherige Linie aber im Wesentlichen fortführen. Sie orientieren sich weitgehend an den zuvor bereits erarbeiteten „Fünf Regierungsprioritäten“ für die neue Legislaturperiode und bilden auch die Grundlage für den Budgetplan 2008 [vgl. ALBERTA GOVERNMENT (2008)]. Konkrete Ziele und Maßnahmen sind demnach:

- Nachhaltig umweltschonende Nutzung der Energiereserven der Provinz:
 - Erarbeitung eines Strategieplans zur weiteren Entwicklung der Ölsandregionen,

* Heike Auerswald arbeitete als freie Mitarbeiterin an der ifo Niederlassung Dresden.

- Unterstützung der Erforschung neuer Fördertechnologien von Ölsanden, die weniger Energie und Wasser benötigen und einen geringeren Eingriff in die natürliche Umgebung erfordern,
- Umsetzung der Klimastrategie einschließlich der Energieerhaltung, effiziente Nutzung und Anpassungsprozesse.
- Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitsdienstleistungen sowie deren Qualität und Effizienz:
 - Ausweitung des medizinischen Personalbestandes (Ärzte, Krankenschwestern, Pfleger) bis 2012,
 - Stärkung der Verwaltungs- und Kontrollinstanzen der Gesundheitsdienstleister.
- Steigerung der Innovationstätigkeit in der Ökonomie und Förderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften für eine langfristig nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft:
 - Aufbau eines ALBERTA ENTERPRISE FUND mit dem Ziel der gesteigerten Attrahierung von Investoren und der Förderung der wirtschaftlichen Nutzung neuer Technologien,
 - Einführung einer Steuerermäßigung in Höhe von 10 % für private Forschungs- und Entwicklungsinitiativen,
 - Entwicklung von Politiken, Initiativen und Hilfsprogrammen, die Unternehmen bei Produktivitätssteigerungen unterstützen und global wettbewerbsfähig machen,
 - Stärkung und Diversifikation des Agrarsektors durch differenziertere und qualitativ hochwertigere Produkte und Erschließung neuer Märkte,
 - Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Forstwirtschaft in Zusammenarbeit mit der Industrie zur Erhaltung dieses Sektors,
 - Erhöhung der Anzahl an Studienplätzen in Bereichen mit hoher Nachfrage nach Fachpersonal, wie dem Gesundheitssektor, Ingenieurwissenschaften und den Wirtschaftswissenschaften innerhalb der nächsten zwei Jahre,
 - Senkung der Zinsen für Studienkredite,
 - Investition von 3,4 Mrd. C\$ in Ausbildungsprogramme,
 - Mobilisierung von weiteren Erwerbspersonen für den Arbeitsmarkt (74.000 Personen bis 2012),
 - Steigerung der Anzahl internationaler Einwanderer und Gastarbeiter auf 50.000 bis Ende 2009.
- Steigerung der öffentlichen Sicherheit:
 - Einstellung von 300 zusätzlichen Polizisten innerhalb der nächsten drei Jahre.
- Ausbau der Infrastruktur bezogen vor allem auf das Verkehrsnetz, Schulen und Krankenhäuser:
 - Umsetzung des „20 Jahre Kapitalstrategieplans“,
 - Steigerung der Effizienz der Gesundheits- und Bildungsinfrastruktur,
 - Verdopplung der Investitionen in die Erhaltung und den Ausbau von Schnellstraßen und Brücken innerhalb der nächsten drei Jahre.

Insgesamt proklamiert die Provinzregierung drei wesentliche Ziele in der Binnenwirtschaftspolitik. Zum einen soll die Infrastruktur quantitativ und qualitativ ausgeweitet werden, um Wachstumshemmnisse in diesem Bereich zu eliminieren. Außerdem stehen weiterhin die Diversifikation der Wirtschaft sowie die Förderung von Forschung und Innovationen im Vordergrund, um die Abhängigkeit der Provinz von der Entwicklung im Energiesektor zu reduzieren. Und nicht zuletzt soll Alberta auch zu einem attraktiven Ziel für ausländische Unternehmen, Kapital und Arbeitskräfte werden.

Vor allem bezüglich der Infrastrukturpolitik existieren längerfristige Pläne. So erarbeitete die Regierung im letzten Jahr einen auf 20 Jahre angelegten „Kapitalstrategieplan“, der im Januar 2008 veröffentlicht wurde und die mittel- bis langfristige Strategie zur Weiterentwicklung der Infrastruktur der Provinz darlegt. Grundlage bilden Prognosen zur wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung und die momentane Kapitalinfrastruktur, aus denen die infrastrukturellen Bedürfnisse der Provinz und die daraus resultierenden möglichen Politikmaßnahmen abgeleitet werden. Auch die Finanzierung sowie Umwelt- und Naturschutzaspekte und die Kontrolle der Einhaltung der Strategie werden genauer dargelegt.

Mit Blick auf die Außenhandelsbeziehungen der Provinz wird ebenfalls eine stärker konzentrierte Politik betrieben. So wurde bereits im Jahr 2000 eine Internationale Marketing Strategie erarbeitet und seitdem ständig weiterentwickelt. Teil der Strategie ist die fortlaufende Analyse und Erarbeitung relevanter internationaler Märkte für Alberta und die Erschließung dieser. Mit Hilfe von Vertretungen vor Ort in Form von Büros in Peking, Hong Kong, Tokio, Seoul, Mexiko, Taipeh, London und München wird versucht, für Unternehmer aus Alberta die Marktzutrittsbarrieren ausländischer Märkte zu senken und gleichzeitig internationale Kooperationspartner und Investoren zu attrahieren. Auch die Handelsbeziehungen zu den kanadischen Nachbarprovinzen Saskatchewan und British Columbia sollen vertieft werden. Unter dem Schlagwort „New West“ wird eine Kooperation mit beiden Provinzen angestrebt, die darauf ausgerichtet ist, die wirtschaftsrelevanten Regulierungen langfristig zu vereinheitlichen. Zu British Columbia besteht bereits ein engeres Verhältnis, welches Erleichterungen im Handel, für Pendler und für Investoren umfasst und darüber hinaus in Zukunft auch die Anbindung an den asiatischen Absatzmarkt sowie die günstige Versorgung mit Energie bietet. Bereits jetzt deckt Alberta einen Teil seines enormen Strombedarfs durch Importe aus der westlichen Nachbarprovinz.

Fazit

Generell ermöglicht die große Kontinuität der Provinzregierung eine längerfristige stabile Planung in allen Politikbereichen und erleichtert die Durchsetzung von Reformen und die Politikarbeit im Allgemeinen. Auch die sehr gute wirtschaftliche Entwicklung der Provinz in den letzten Jahren trägt dazu bei. Die von der Regierung proklamierten Ziele der Wirtschaftspolitik richten sich zum einen auf die Verbesserung der Infrastruktur sowie die Erhöhung des Arbeitskräfteangebots durch Immigration und Steigerung der Erwerbsbeteiligung. Die aktive Förderung von Forschung und Entwicklung, Innovationen, Investitionen und Unternehmensgründungen in zukunftsträchtigen Bereichen zur stärkeren Diversifikation der

Wirtschaftsstruktur ist ein weiterer Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik, wie auch ein nachhaltigerer Umgang mit den nicht-erneuerbaren Ressourcen wie Erdöl, Erdgas, Kohle und Holz. Ziel der Provinz Alberta ist es letztendlich, auf lange Sicht ein stabiles und gesundes Wachstum zu erreichen und dabei die Abhängigkeit von der Erdölförderung sukzessive zu vermindern.

Literatur

- ALBERTA GOVERNMENT (Hrsg.) (2007): Year One Progress Report to Albertans, 11.12.2007.
- ALBERTA GOVERNMENT (Hrsg.) (2008): Budget 2008, <http://alberta.ca/budget2008>, abgerufen am 23.04.2008.